

## Editorial

Der Titel des vorliegenden Bandes ist Diskussionen entlehnt, die insbesondere in der Soziologie und Politikwissenschaft der 1980er und 1990er intensiv geführt wurden. Im Mittelpunkt dieser Diskussionen stand die Frage, ob und wie Gesellschaften, soziale Systeme, gesellschaftliche Teilbereiche ihrer Eigenart angemessen und zielgenau politisch gesteuert werden können. Neben eher sozialtechnologisch ausgerichteten Beiträgen, die sich im Grunde nur für die Frage der technischen Machbarkeit interessierten, gab es auch starke Diskussionsstränge, die den Blick auf die grundsätzliche Frage der Steuerbarkeit von Gesellschaften oder gesellschaftlichen Teilbereichen lenkten und Zweifel daran anmeldeten. Und es gab auch schwerwiegende Bedenken gegen den Einsatz ökonomischer Steuerungsmedien und Steuerungslogiken in Bereichen, die nicht einer funktionalen Zweckrationalität folgen, sondern dem zuzurechnen sind, was mit dem Begriff der »Lebenswelt« umschrieben wurde.

Auch wenn die wissenschaftlichen Diskussionen mittlerweile um andere Themen und Begriffe kreisen, das in den 1980er und 1990er Jahren diskutierte Problem besteht weiter und hat im Gesundheitswesen eine zunehmende Bedeutung erlangt. Die deutsche Gesundheitspolitik setzt seit Jahren verstärkt auf Geld als Medium politischer Steuerung. Das im Hintergrund wirkende Ideal scheint ein »sich selbst steuerndes Steuerungssystem« zu sein, das nach Festlegung zentraler Steuerungsparameter alles weitere quasi automatisch erledigt. Die zentralen Steuerungsparameter werden gesetzlich oder durch Verordnung gesetzt und die direkte Interaktion im Rahmen von Verhandlungen, insbesondere Vergütungsverhandlungen, wird entweder überflüssig oder minimiert. Damit scheinen insbesondere Fachbeamte der zuständigen Ressorts zu meinen, eine Art »göttliche Maschine« gefunden zu haben, mit der die Politik ihre Ziele auch gegen widerstrebende Interessen von Krankenkassen oder Leistungserbringern durchsetzen kann. Je perfekter das Regelwerk im Gesetz, desto weniger anfällig ist es gegen Blockaden und Partikularinteressen einzelner Akteursgruppen im Gesundheitssystem, so scheint die dahinter stehende Grundvorstellung zu lauten.

Die unzähligen Probleme und Misserfolge der Gesundheitspolitik der letzten Jahre zeigen jedoch, dass nicht nur weder Gesellschaften oder gesellschaftliche Funktionsbereiche wie eine Maschine durch Vorgabe von Eckwerten und Funktionsregeln zu steuern sind, sondern auch

das Gesundheitswesen und seine Teilbereiche. Zu nennen sind hier insbesondere die nicht eingehaltenen Termine für die Einführung neuer Technologien oder Vergütungssysteme wie beispielsweise die Verschiebung der Einführung des DRG-Systems für Krankenhäuser, die elektronische Patientenkarte oder das neue Vergütungssystem für die ambulante ärztliche Versorgung.

Das wichtigste Problem des Einsatzes von Geld als Medium der politischen Steuerung dürfte aber nicht ein technisches sein, sondern ein ethisches. Indem die Politik das Handeln der Akteure im Gesundheitswesen versucht über Geld, also vor allem die Ausgestaltung von Vergütungssystemen, zu steuern, greift sie in die lebensweltliche Grundlage dieses gesellschaftlichen Teilbereiches ein und beschädigt Berufsethiken. Wenn Ärzte, Pflegekräfte etc. durch die Verunsicherung ihrer wirtschaftlichen Existenzgrundlage dazu gebracht werden sollen, ihre Entscheidungen auch an den daraus resultierenden finanziellen Folgen für sich oder ihr Krankenhaus auszurichten, wird damit ein Konflikt zwischen der Orientierung am Patientenwohl und den jeweils eigenen wirtschaftlichen Interessen der Ärzte, Pflegekräfte etc. heraufbeschworen. Geld als Medium der politischen Steuerung im Gesundheitswesen ist also nicht nur in seiner technischen Kapazität beschränkt und kann die soziale Interaktion und Aushandlung zwischen widerstreitenden Interessen nicht ersetzen, sondern auch ein gefährliches Steuerungsmedium, das Schaden anrichten kann; und zwar einen Schaden, der mit Geld nicht zu heilen ist.

Die Beiträge des vorliegenden Bandes beleuchten verschiedene Aspekte der hier angesprochenen Problematik. *Gerlinger/Mosebach/Schmucker, Pichutta* und *Simon* arbeiten technische Limitationen dieses Steuerungsmediums am Beispiel der aktuellen Gesundheitsreform (GKV-WSG), des Risikostrukturausgleichs und des DRG-Systems für Krankenhäuser heraus, *Kühn* und *Bauer* richten den Blick auf ethische Dimensionen des Einsatzes dieses Steuerungsmediums. *Martens* zeigt am Beispiel des Ärztestreiks 2006, dass Geld selbst ein symbolisches Medium ist und in ihm und seinen Werten anderes repräsentiert wird; im Falle des Ärztestreiks langjährig aufgestaute Unzufriedenheiten junger Klinikärzte. *Hajen* arbeitet in seinem Beitrag heraus, dass auch die europäische Integration nicht primär über Märkte und das Steuerungsmedium Geld zu erreichen ist, sondern der sozialpolitischen Lenkung und regionalen Orientierung bedarf, um den Risiken einer rein marktlichen Integration zu begegnen.